



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 17. November 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 20. November 2023

Fokusthema: **Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat befasst sich am Montag unter anderem mit dem Beitrag an die Standortmarketing-Organisation Greater Zurich Area und mit einem Vorstoss für mehr Sonntagsverkäufe. Weitere Vorstösse betreffen den öffentlichen Verkehr und die Reduktion der Arbeitszeit.

Standortmarketing und Sonntagsverkäufe

Zum Auftakt der Sitzung sind zwei unumstrittene Wahlgeschäfte (vgl. unten) und das Bauprogramm der Staatsstrassen ([5925](#)) für die kommenden drei Jahre traktandiert. Von Letzterem nimmt der Rat jeweils formell Kenntnis. Eine ausführlichere inhaltliche Auseinandersetzung ist bei den zwei folgenden Geschäften zu erwarten, nämlich bei den Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area (GZA) ([5884](#)) und dem Vorstoss für zusätzliche Sonntagsverkäufe ([174/2020](#)). Die GZA ist eine Standortmarketing-Organisation, an der nebst neun Kantonen auch 29 Partner aus der Privatwirtschaft und der Wissenschaft beteiligt sind. Sie versucht, zur Ansiedlung von Firmen im Zürcher Wirtschaftsraum beizutragen. Der Kanton Zürich ist ihr grösster Beitragszahler. Eine klare Mehrheit der vorberatenden Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) hat sich dafür ausgesprochen, den vom Regierungsrat beantragten Kredit über 8,4 Millionen Franken für die kommenden vier Jahre zu bewilligen. Die SP hingegen will vorerst nur die Hälfte des Betrags für zwei Jahre sprechen und gleichzeitig von der GZA verlangen, in dieser Zeit ein Konzept zur Bewertung der Nachhaltigkeit der anzusiedelnden Firmen zu erarbeiten. Davor noch wird der Rat über den Nichteintretensantrag der AL und der Grünen entscheiden, die diese Art des Standortmarketings nicht als Staatsaufgabe sehen. Auch bei der parlamentarischen Initiative von FDP-Kantonsrat André Müller zu den Sonntagsverkäufen war sich die WAK nicht einig. Hier geht es um einen Auftrag an den Regierungsrat, beim Bundesparlament eine Standesinitiative einzureichen mit der Forderung nach zwölf statt wie bisher vier bewilligungsfreien Sonntagsverkäufen pro Jahr. Die Kommission hat den Vorstoss mit 9 zu 6 Stimmen unterstützt. Die SP, die Grünen und die AL beantragen, ihn abzulehnen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit GZA: Birgit Tognella-Geertsen (SP, Zürich), 079 233 25 67

Minderheit GZA Nichteintreten: Judith Stofer (AL, Dübendorf), 079 280 89 02

Minderheit Sonntagsverkäufe: Stefan Feldmann (SP, Uster), 079 542 52 87

Postulate zum öffentlichen Verkehr und zur Erwerbsarbeitszeit

Anschliessend sind drei Postulate traktandiert. Mit dem ersten strebt SP-Kantonsrätin Sibylle Jüttner zusammen mit Ratskollegen der SVP und der Mitte an, den öffentlichen Verkehr im Weinland attraktiver und günstiger zu machen ([KR-Nr. 482/2022](#)). Konkret will sie dem Regierungsrat auftragen, eine Reduktion der Tarifzonen und die Einführung eines «Weinlandtickets» zu prüfen. Beim zweiten Postulat, das der Grüne Thomas Schweizer mit Unterstützung aus der EVP, der SP, der GLP, der FDP und der SVP eingereicht hat, geht es um die Bahnlinie zwischen Zürich und Zug durch das Knonauer Amt ([KR-Nr. 34/2023](#)). Hier lautet der Auftrag an den Regierungsrat, sich für den raschen S-Bahnausbau von Affoltern am Albis Richtung Zug einzusetzen mit dem Ziel, im nächsten Ausbauschnitt einen Viertelstundentakt anbieten zu können. Thema des dritten Postulates ist die Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Die Grüne Jeannette Büsser fordert eine Studie zu den Folgen einer Wochenarbeitszeit von maximal 35 Stunden bei vollem und abgestuftem Lohnausgleich ([KR-Nr.](#)

[100/2023](#)). Dabei sollen diverse Aspekte berücksichtigt werden, insbesondere aber die Auswirkungen auf Klima und Umwelt, Gesundheit der Bevölkerung und Verteilung der unbezahlten Arbeit. Der Regierungsrat beantragt, diese Postulate abzulehnen. Werden sie überwiesen, muss er innert zweier Jahre Berichte dazu vorlegen.

Sollte anschliessend noch Zeit verbleiben, wird der Rat die danach traktandierten Interpellationen und parlamentarischen Initiativen behandeln, die Sie der unten verlinkten Traktandenliste entnehmen.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Personelles:

Der Kantonsrat wird zu Beginn der Sitzung zwei Wahlen vornehmen, und zwar ein Ersatzmitglied ans Baurekursgericht (KR-Nr. 341/2023) und ein neues Mitglied in die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) Datensicherheit (KR-Nr. 364/2023). Hier wird gemäss Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen) ihre Parteikollegin Yvonne Bürgin ersetzen, die wegen ihrer Wahl in den Nationalrat bald aus dem Kantonsrat ausscheiden wird.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Frank Sieber, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit, 043 259 20 37